

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: 81
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 12 Uhr bis 17 Uhr. Erscheint täglich außer Montags
Zusätzliche Sprechstunde: Dienstag u. Freitag von 18 bis 19 Uhr. Tel.-Adresse: Postfach Berlin. Kontos: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Velle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfachkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.-. Postamtliche Erziehung
in Berlin und Orten mit eigener Postleitung. — Postamtliche Erziehung
Postbezugs mit Wertmarken 3,50 Mark; Erziehung im Inland sowie nach
Deutscher, Frauen, Bureau, Samtg. Mittel- und Ostdeutschland 4,50 Pf.,
übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Normalzeile 70 Pf. Arbeiter-
organisations- und Familienanzeigen: Zeile 40 Pf.
Risiko-Anzeigen: Post 15 Pf., Heberstraße 25 Pf., Be-
sonders Post 60 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 6 Pf.
Anzeigenabteilung: Spemannstr. 13; Tel.: (P 6) Bergmann 2677, 4494.

SPD.-Betriebsrat gegen SPD!

„Die Partei verbürgerlicht, wir hungern und kämpfen für eine Brotkruste, und die Genossen da oben tanzen von einem Ball zum andern“ — Wir fordern die SPD.-Arbeiter zur Diskussion auf

Die Zuschriften sozialdemokratischer Arbeiter an die „Rote Fahne“ häufen sich gerade in den letzten Tagen. Gestern erreichte uns, mit der Bitte um Veröffentlichung, folgender Brief, für dessen Inhalt sich der Einleger verbürgt und den er mit der interessantesten Begründung veröffentlicht sehen will, „damit die unzufriedenen SPD.-Genossen in den anderen Berliner Zahlabenden, deren Meinung niemals im „Vorwärts“ Ausdruck findet, überhaupt einmal erfahren, was bei uns vorgeht“:

„Am 10. Februar fand unser Zahlabend im 6. Kreis statt, wo Genossin Käthe Kern ein Referat über „Wirtschafts-demokratie“ hielt. Sie sprach lang und breit über die Errungenschaften der Revolution, besonders was die Betriebsräte anbelangt und schloß mit der Forderung: „Mehr Wissen für die Arbeiterklasse, weil Wissen Macht ist“.

Diese allgemeinen, laienmäßig gehörten, auf die lebendige Wirklichkeit der Lage der Arbeiterklasse kaum eingehenden Ausführungen lösten bei den Anwesenden, soweit sie wirkliche Arbeiter waren, Unzufriedenheit aus. Das kam besonders zum Ausdruck in den Ausführungen eines Genossen, der

Betriebsrat in der UEG-Hennigsdorf, Abteilung Lokomotivbau

Erbot sich über das langweilige Referat, erklärte er: „Als Betriebsrat der UEG-Hennigsdorf kann ich schon ein Lied von dieser schönen Wirtschaftsdemokratie singen. Was nutzen uns solche wohl vorbereiteten Referate?“

Die Institute, von denen die Genossin sprach, das Arbeitsministerium, der Reichswirtschaftsrat, die Statistiken sind für die Arbeiter ein Dreß, wir hungern und kämpfen für eine Brotkruste, das ist die Wirklichkeit, da hilft nur brutale Macht, wenn es uns besser gehen soll.

Was habe wir denn — die Referentin soll doch ehrlich sein — noch zu sagen als Betriebsräte im Betrieb? Da ist der Meister, da ist der technische Leiter, da ist der ganze Apparat — und zu sagen hat nur der Spardiktator. Wie der die Macht übernimmt, hat er alle zusammengerufen und hat erklärt: Wer nicht pariert, der fliegt! (Zuruf: „Hat er einen Helm?“) Er kann sich ja vom Genossen Jörgiebel einen geben lassen!

Aber was machen denn Partei und Gewerkschaften gegen die immer trostloser werdenden Zustände? Warum kämpfen die Gewerkschaften nicht mehr dagegen an, mit genauen Richtlinien und ebenso brutalen Kampfmethoden? Genossen, entschuldigt, wenn ich so spreche. Ich bin kein Referent; aber wenn ich so den Zahlabend sehe und das alles höre, immer kann man das nicht ruhig schlafen.

Die Partei verbürgerlicht, wir sind zu fett geworden und die da oben hatten ihre Stellung. Unsere Genossen lassen sich in Lackstiefeln und Smoking fotografieren. Sie tanzen von einem Ball zum andern und jetzt machen sie noch Bierabende. Das ist doch kein Klassenkampf mehr!

Ihr könnt Euch ja kein Bild machen, wie es heute im Betrieb zugeht. Sie schmeißen ja nicht nur die raus, die ein oder zwei Jahre drin sind, sondern die, welche seit 18, 20 und mehr Jahren im Betrieb stehen. Genossen, Ihr hier beim Zahlabend könnt Euch vielleicht gar nicht mehr vorstellen, wie es im Betrieb aussieht (!) und wie denen zumute ist, die aufs Plaster fliegen. Wir müssen zu den Führern der Verbände und der Partei das tiefste Mißtrauen haben!“

Unter dem Eindruck dieser Worte mußte ein anderer Diskussionsredner, Genosse Bröler, der auch Betriebsrat und zwar bei U Iste in ist, feststellen, daß er zwar als Gewerkschaftler nicht mit dem Kollegen von der UEG-Hennigsdorf übereinstimme, daß dieser aber in vielem anderen Recht habe. Wozu sind die Bierabende? Was ist allein hierbei einzusparen!

Die Kommunisten haben nicht Unrecht, wenn sie sagen, die Doppeleristungen der großen Pensionierten müssen verschwinden, nicht die Doppeleristungen, über die bei uns so viel gesprochen und geschrieben wird, wenn Mann und Frau zusammen 200–300 M. verdienen, was sie ja im Monat brauchen.

Im Schlußwort wußte die referierende Dame, nachdem auch noch die Genossen Roschal und Knauer gesprochen hatten, darauf nur folgendes zu antworten: „Der erste Diskussionsredner hat sehr nach den Richtlinien der Kommunisten gesprochen. (Zuruf: „Dann wirds bald viel Kommunisten geben!“) Man soll nicht alles herunterreißen, die Genossen oben sind wirklich in keiner beneidenswerten Lage. Die Frage ist zu prüfen, ob nicht Arbeitszeitverkürzungen stattfinden können. Resolutionen sind von den Gewerkschaften genug verfaßt worden; aber Ge-

nossen, bedenk, wir können die Schwierigkeiten unserer Genossen in der Regierung nicht noch vergrößern.

Es bleibt nur übrig: die Arbeiter müssen sich nur bilden und schulen, vor allem die Betriebsräte, dann kommen wir zur Macht (!). In kurzer Zeit wird eine Betriebsobmannerversammlung stattfinden, damit die führenden Genossen in den Parlamenten die unverfälschte Stimme der Arbeitergenossen hören.“ (Das muß ja eine schöne Komödie werden! Red. „R. F.“)

SPD. organisierte den Heberfall!

Eine lügnerische Erklärung der Polizei und neue Beweise für die polizeiliche Herkunft des „gelben Schnellhefters“ — Die Rolle der Sozialdemokraten Bonag und Heller — SPD.-Klingelwirtschaft bei der Polizei

Das Polizeipräsidium veröffentlichte durch WZB gestern eine neue schwächliche Erklärung, in der es sich von unseren Anklagen reinzuwaschen versucht. Wir stellen demgegenüber fest, daß diese polizeiliche Verleumdung ein lügnerisches Machwerk und nichts anderes ist. Wir veröffentlichen an anderer Stelle die Antwort, die Genosse Sobotta auf die Polizeilügen der Abteilung IA erteilt hat.

Aber darüber hinaus mögen sich die Herrschaften im Roten Haus nicht einbilden, daß wir unsere Enthüllungen über ihre faulsten Machenschaften bei dem Anschlag auf das Zentralkomitee der SPD. bereits abgeschlossen haben. Wir wissen, wie peinlich im Polizeipräsidium die Tatsache wirkt, daß die kommunistische Partei zur Gegenoffensive gegen das Polizeikomplot übergegangen ist. Wir wissen, welche Besorgnisse unter den leitenden Persönlichkeiten der IA die Tatsache erweckt, daß

die Untersuchung über ihre Pläne und über die Hintergründe ihrer Aktion dem Nachrichtendienst der kommunistischen Partei übertragen wurde, der seine Fähigkeiten ja bereits bei der Aufdeckung mancher anderen Angelegenheit, sei es der Polizei, der Reichswehr, des Innenministeriums oder der fasch. istischen Bewegung, zur Genüge erwiesen hat!

Wir wollen uns für heute mit folgenden Feststellungen begnügen:

1. Die ganze Zeitung des Heberalles lag in den Händen des Kriminalrats Bonag, eines eingekerkerten Sozialdemokraten.
2. Die besondere Untersuchung in den Räumen der Berliner Bezirksleitung der SPD. führte der Kriminalkommissar Heller, gleichfalls Sozialdemokrat, ein enger Vertrauensmann Künstlers vom Bezirksvorstand der SPD.
3. Die Nachforschungen, vor allem bei der Berliner Bezirksleitung, richteten sich keineswegs auf etwaige Zerlegungs-materialien sondern offensichtlich auf Schriftstücke über die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, über Betriebszeitungen und andere Materialien der Kommunisten in Berlin. Diese Tatsache wurde schon während

Handwritten notes:
 Infolgedessen sind
 die Bonag-Briefe
 & der Stollmeier
 & Galka mit Anschlag
 vom 18. u. 30. für Zeitschrift
 -378- 160 R. 6. - Hauptbeleg
 mehrfach verwendet
 Berlin, 18.2.30
 Krim.-Kunst.

Wir haben diesem Brief des SPD.-Genossen kein langes Kommentar hinzugefügt.

Das ist die SPD., wie sie leidet und lebt. Die Führer verbürgerlicht, satt, verildet, in Lackstiefeln, bei Tanz und Getz, brutal und blutig gegen das gewöhnliche Arbeitervolk. Wie können Arbeiter, die „hungern und kämpfen um eine Brotkruste“, das besprechen: „Da hilft nur brutale Macht, wenn es besser werden soll“ — wie können sie noch Mitglied dieser Jörgiebel- und Brotat-Partei sein?

Die „Rote Fahne“ fordert alle ehrlichen SPD.-Arbeiter, die nicht korruptiert sind, die ihre Gefinnung nicht für einen winternden Posten verkaufen, auf, uns zu schreiben, warum sie noch an dieser verfluchten SPD. hängen, warum sie sich nicht in Reich und Glied der kommunistischen Partei anschließen. Wir sind bereit, eine breite Diskussion darüber in der „Roten Fahne“ zu führen.

der Hausdurchsuchung durch den Reichstagsabgeordneten Genossen U Iste nicht ausdrücklich festgesetzt.

4. Die verüchtigte „gelbe Mappe“ (Schnellhefter), die sich im Polizeipräsidium plötzlich in dem Koffer des Abgeordneten Oberlein befand, wurde zum erstenmal durch den Genossen Sobotta gesichtet, als er das Zimmer betrat, in dem sich die beiden beschlagnahmten Koffer, darunter der eine geöffnete, und mehrere Kriminalbeamte befanden.

Die Mappe lag nicht im Koffer, vielmehr hielt sie der eine Kriminalbeamte, der hier die Aktion leitete, in seiner Hand und legte sie vor den Augen des Genossen Sobotta in den Koffer.

Wir fragen: Wer war dieser Kriminalbeamte? War er auch ein Sozialdemokrat wie die Bonag und Heller?

5. Dieser selbe Kriminalbeamte, dessen Namen die Öffentlichkeit zu erfahren wünscht, wehrte sich später im Polizeipräsidium gegen eine sofortige Durchsicht der beschlagnahmten Materialien und Herausgabe des zahllosen Materials, für dessen Zurückhaltung es überhaupt keinen Vorwand gab. Er wollte — so erklärte er — alles genau prüfen, und das werde „wenigstens lang dauern“. Auf den heftigen Protest des Genossen Sobotta wurde gegen diesen Beamten entschieden. Die Durchsicht führte nach kurzer Zeit dazu, daß 98 Prozent des gesamten Materials wieder ausgeliefert werden mußten. Wir fragen: Warum wollte gerade dieser Beamte so gern „wischenlang“ in den allgemeinen Korrespondenzen und Papieren der SPD. schnüffeln? Vielleicht im Auftrag des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes von Berlin?

6. Wie stellt sich das Polizeipräsidium zu der Tatsache, daß eine Anzahl der bei dem Anschlag auf das Karl-Liebknecht-Haus beteiligten Beamten, soweit sie Sozialdemokraten waren, darunter ehemalige reformistische Gewerkschaftsbeamte, die jetzt zur Polizei hinübergetreten sind, nicht nur ihren amtlichen Dienststellen, sondern auch dem Berliner Bezirksvorstand der SPD., respektive seinen Beauftragten, Bericht erstatteten?

Wir können die Antwort der Jörgiebel, Bonag und Heller auf unsere Fragen vorwegnehmen. Sie haben als Sozialfaschisten ihre sozialfaschistische Pflicht mit dem Komplot gegen die SPD. getan. Ihre sozialdemokratische Klingelwirtschaft im Berliner Polizeipräsidium, die sogar innerhalb der Polizei selber zur allgemeinen Mißbilligung und Zerlegung geführt hat, bewirkt, daß die Organe des Staatsapparates zugleich für die schäblichsten Parteizwecke der Sozialfaschisten verwandt werden.

Die zahllosen Zuschriften von Kriminalbeamten, die uns über diese skandalösen Vorgänge zugehen, und die wir auch in Zukunft, wie bisher, mit der strengsten Wahrung der redaktionellen Verschwiegenheit behandeln werden, zeigen, daß die Jörgiebel und Co. mit den Künstlern und Litte von der Berliner SPD. wie dem sozialdemokratischen Parteivorstand die engste Verbindung aufrechterhalten.

Sache der Arbeiterklasse ist es, mit der Jörgiebel-Partei der Polizei und Postspitzel entschlossene, unerlässliche Abrechnung zu halten. Ausmitten in den Betrieben, in den Betriebsräten und Funktionärskörpern — das ist die Parole!

So sieht die „Quittung“ aus!